

Gegen Prekäre Arbeitsbedingungen in der Böll-Stiftung – Leiharbeit abschaffen!

Die Heinrich-Böll-Stiftung, die Parteistiftung der Grünen, beschäftigt seit Jahren MitarbeiterInnen über Outsourcing-Firmen zu prekären Bedingungen. Nachdem sich jetzt Betroffene wehren, will die Geschäftsführung aber nicht etwa die miesen Beschäftigungsverhältnisse abschaffen, die so schlecht zu grünen Forderungen nach Partizipation und Mindestlohn passen wollen, sondern sie will sie anscheinend rechtlich absichern und die aufmüpfigen KollegInnen durch neue LeiharbeiterInnen ersetzen.

Seit Jahren wächst der prekäre Beschäftigungssektor in Deutschland. Durch atypische Beschäftigungsverhältnisse werden dabei nicht nur Löhne gedrückt, sondern auch die Rechte von Lohnabhängigen immer weiter eingeschränkt. Besonders augenfällig ist dies im Bereich der Leiharbeit: LeiharbeiterInnen erhalten im Mittel fast 50% weniger Lohn, sie haben oft extrem kurze Arbeitsverträge, Ansprüche auf Urlaub oder Mitsprache im Betrieb sind oft kaum durchzusetzen. Die FAU fordert darum schon lange: Leiharbeit abschaffen! Schlechte Arbeitsbedingungen gibt es aber nicht nur in profitorientierten Wirtschaftsunternehmen, sondern derzeit auch bei der gemeinnützigen Parteistiftung der Grünen: Wer bei der Heinrich-Böll-Stiftung im Bereich Technik, Empfang, Reinigung, Catering und Veranstaltungsumbau arbeitet, ist nämlich in der Regel über Outsourcing-Firmen zu prekären Bedingungen angestellt.

Lohndumping bei den Grünen

Die KollegInnen in diesen Bereichen arbeiten offenbar durchgängig zu schlechteren Bedingungen, als sie ihnen nach dem sonst bei der Stiftung üblichen Tarifvertrag zustehen würden. Eine solche Beschäftigungspraxis steht im klaren Widerspruch zur Kritik der „grünen Ideenagentur“ Heinrich-Böll-Stiftung an prekären Beschäftigungsformen. Im aktuellen Wahlkampf positioniert sich zudem die Partei Bündnis '90/Die Grünen deutlich gegen Lohndumping und fordert einen Mindestlohn von mindestens 8,50 EUR – dieser Betrag wird jedoch seit Jahren von ihrer eigenen Parteistiftung unterboten. Die grüne Böll-Stiftung trägt damit zur Ausweitung des prekären Beschäftigungssektors bei, den Partei und Stiftung zur selben Zeit öffentlich kritisieren.

Mitsprache? Fehlanzeige!

Durch die aktuelle Beschäftigungskonstruktion werden den KollegInnen zudem grundlegende demokratische Partizipationsrechte im Betrieb vorenthalten. So hat die Geschäftsführung jüngst den über Outsourcing-Firmen angestellten KollegInnen die Teilnahme an einer Betriebsversammlung in der Böll-Stiftung verwehrt, auf der es u. a. just um deren prekäre Arbeitsbedingungen ging. Auch die FAU Berlin, die als einzige Gewerkschaft derzeit aktiv im Betrieb für bessere Bedingungen kämpft, wurde auf Druck der Geschäftsführung nicht zu dieser Versammlung zugelassen. Gerade diese Einschränkungen von Grundrechten und demokratischer Partizipation im Betrieb, die über das Outsourcing gerechtfertigt werden, stehen in einem eklatanten Missverhältnis zur thematischen Arbeit in der Böll-Stiftung, wo erst in der letzten Woche etwa ein „großer Kongress zum demokratischen Aufbruch“ stattfand.

Dasselbe in Grün: Wenn die Belegschaft sich wehrt, wird sie eben ausgetauscht

Als wäre dieses Geflecht aus Widersprüchlichkeiten und Doppelmoral nicht schon skandalträchtig genug, so scheint die Geschäftsführung nun noch einen drauf legen zu wollen: Nach uns vorliegenden Informationen soll nach dem Auslaufen bestehender Outsourcing-Verträge Ende Juli 2013 die derzeitige, rechtlich angreifbare Beschäftigungskonstruktion lediglich durch rechtlich abgesicherte Leiharbeit ersetzt werden. Anstatt ihre Haltung zu korrigieren und die KollegInnen regulär zu beschäftigen, würden diese so durch andere LeiharbeiterInnen ersetzt. Auch ein Teil der aktiven GewerkschafterInnen würde damit aus dem Betrieb herausgedrängt. Sollte dieses Szenario Wirklichkeit werden, dann müsste sich die Heinrich-Böll-Stiftung endgültig in eine Reihe mit anderen offen gewerkschaftsfeindlichen Betrieben stellen lassen – Amazon lässt grüßen.

Es reicht: Reguläre Beschäftigung statt Prekarisierung!

Das wollen wir nicht akzeptieren! Wir bestehen darauf, dass die Böll-Stiftung zumindest ihren eigenen demokratischen Ansprüchen gerecht wird – keine kalten Kündigungen für GewerkschafterInnen! Wir nehmen die Grünen beim Wort, wenn sie Lohndumping und Prekarisierung kritisieren – für reguläre Beschäftigungsverhältnisse für alle KollegInnen im Betrieb! Wir wollen die weitere Prekarisierung in der Stiftung verhindern – keine Leiharbeit in der Böll-Stiftung! Wir fordern hier wie überall: Leiharbeit abschaffen!



Kontakt zur FAU Berlin:

FAU-Lokal: Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U8 Rosenthaler Platz)

Fon: 030 287 008 04 | **Web:** www.berlin.fau.org | **E-Mail:** faub-boell@fau.org

